

Bezirksamt Neukölln von Berlin
Abt. Jugend
Jug Dez

22.02.2011
2330

Bezirksverordnetenvorsteher o.V.i.A.

Sitzung am : 23.02.2011

über

Lfd. Nr. : 8

Bezirksbürgermeister o.V.i.A.

Drs. Nr. : 1771/XVIII

nachrichtlich den

Dringlichkeit

Fraktionen der

schriftlich

SPD, CDU, GRÜNEN, FDP, Grauen und DIE LINKE

Konsensliste

Beantwortung der Mündlichen Anfrage

Betr.: Erklärungsverpflichtung zur freiheitlich demokratischen Grundordnung

Sehr geehrter Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, sehr geehrte Frau Schwarzer,

für das Bezirksamt beantworte ich Ihre mündliche Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Haben alle Träger und Initiativen, die öffentliche Zuwendungen erhalten, die Erklärungsverpflichtung hinsichtlich der Einhaltung der freiheitlich demokratischen Grundordnung, die mittlerweile vom Bundesfamilienministerium angefordert wird, unterzeichnet, um weiterhin öffentliche Gelder zu bekommen?

Augenblicklich greift die Erklärungspflicht im Verantwortungsbereich des Bezirksamtes Neukölln nur für die Projekte zur Sicherung der Nachhaltigkeit des Lokalen Aktionsplans, der in den letzten Jahren erfolgreich in Rudow umgesetzt wurde. Da die Auswahl und Bewilligung der neuen Projekte noch nicht so weit fortgeschritten ist, dass bereits Zuwendungsbescheide für Träger gefertigt werden konnten, ist bisher noch niemand aufgefordert worden, die entsprechenden Erklärungen zu unterzeichnen.

Frage 2:

Wenn nein, wie geht das Bezirksamt damit um?

Wie oben dargestellt, ist diese Frage zunächst noch völlig hypothetisch.

Da die Aufgabe der lokalen Aktionspläne in der Stärkung und Verankerung der demokratischen Grundwerte besteht, würde das Bezirksamt den Diskurs suchen, da

auch die Debatte über Sinn und/oder Auslegung dieser Erklärungsverpflichtung dem Ziel der Festigung demokratischer Überzeugungen dienen kann. Das Bezirksamt wird seine Pflicht zur Beratung von Projektträgern auch in dieser Frage ernst nehmen, da die Verpflichtungserklärung durchaus ernstzunehmende Fragen und Zweifel aufkommen lassen kann. Im Übrigen zeigt die öffentliche Debatte dieser Frage eine beeindruckende demokratische Bandbreite.

Es gilt das gesprochene Wort!

Gabriele Vonnekold
Bezirksstadträtin